

## Mündliche Anfragen

zur 8. Fragestunde

in der 38. Plenarsitzung vom 24. Mai 2012

1. Anfrage des Abg.  
Dr. Friedrich Bullinger  
FDP/DVP

Eingang: 21. 05. 2012

### **Zukünftige medizinische Versorgung im Limpurger Land (Landkreis Schwäbisch Hall)**

- a) Welche Antworten hat die Landesregierung auf die sieben Forderungen zum Erhalt der medizinischen Versorgung des Limpurger Landes (Kreiskrankenhaus Gaildorf), die sie zusammen mit 8 092 Unterschriften von der Bürgerinitiative „Krankenhaus Gaildorf“ am 9. Mai 2012 erhalten hat?
- b) Hält sie die Forderungen, insbesondere in Ziffer 7 „keine Freigabe von Fördermitteln für die Baumaßnahmen in Schwäbisch Hall und Crailsheim ohne Einbindung der Gaildorfer Einrichtung in den Gesamtplan bzw. Wiederaufnahme in den Krankenhausbedarfsplan des Landes Baden-Württemberg“, für praktikabel, um eine Versorgungssicherheit des Limpurger Landes langfristig zu gewährleisten?

2. Anfrage des Abg.  
Dr. Friedrich Bullinger  
FDP/DVP

Eingang: 21. 05. 2012

### **Verweigerung der Landesregierung für eine Verbesserung der Luftrettung in Ostwürttemberg und im Landkreis Schwäbisch Hall**

- a) Trifft die Aussage des bayerischen Innenministers Herrmann in der „Fränkischen Landeszeitung“ vom 9. Mai 2012 zu, dass sich sein baden-württembergischer Kollege Gall einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit und Lösung zur Verbesserung der Defizite bei der Luftrettung im Raum Ostwürttemberg, Crailsheim und West-Mittelfranken verweigert?
- b) Welche Vorschläge hat die Landesregierung zur Beseitigung der sogenannten weißen Flecken bei der Luftrettung in der oben genannten Raumschaft?

3. Anfrage des Abg.  
Wolfgang Reuther CDU

Eingang: 21. 05. 2012

### **Verbraucherzentrale Baden-Württemberg**

- a) In welchem Verhältnis stehen die verbraucherpolitischen Aktivitäten der Landesregierung zur Arbeit der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V.?
- b) Wie bewertet die Landesregierung die Tätigkeit der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg im vergangenen Jahr?

4. Anfrage des Abg.  
Günther-Martin Pauli CDU  
Eingang: 21. 05. 2012
- Besetzung ZDF-Fernsehrat**
- a) Weshalb entsendet die Landesregierung keinen Vertreter der hiesigen Landesregierung oder des Landtags als Mitglied in den ZDF-Fernsehrat, sondern den SPD-Bundestagsabgeordneten und SPD-Netzwerker Christian Lange MdB?
- b) Geht die Landesregierung davon aus, dass Herr Lange im Fernsehrat die Belange des Landes höher gewichtet als die des Bundes?
5. Anfrage des Abg.  
Dr. Wolfgang Reinhart CDU  
Eingang: 21. 05. 2012
- Zukunft der Osteuropahilfe**
- a) Möchte die Landesregierung die Osteuropahilfe auch nach der Schließung der Geschäfts- und Servicestelle Osteuropa in der Baden-Württemberg-Stiftung am 30. Juni 2012 fortsetzen?
- b) Mit welchen Fördermöglichkeiten können insbesondere die humanitären Hilfsorganisationen rechnen, die mit ihren Projekten und Hilfslieferungen in Osteuropa aktiv sind?
6. Anfrage des Abg.  
Alexander Throm CDU  
Eingang: 21. 05. 2012
- 2. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags („Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“)**
- a) Warum ist die Landesregierung dem Ersuchen des 2. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags („Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“) um Amtshilfe bei der Beweiserhebung (Beweisbeschlüsse BW-1, BW-2, BW-4 und BW-5) nicht nachgekommen?
- b) Wann und in welcher Weise wird sie dem Ersuchen des Deutschen Bundestags nachkommen?
7. Anfrage der Abg.  
Rita Haller-Haid SPD  
Eingang: 21. 05. 2012
- Geschwindigkeitsbeschränkungen Ortsdurchfahrten L 370 und L 371 im Kreis Tübingen**
- a) Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, um die Anträge der Orte bzw. Teilorte Tübingen-Hirschau, Tübingen-Kilchberg, Tübingen-Bühl, Rottenburg-Wurmlingen und Rottenburg-Kiebingen auf eine Tempo-30-Geschwindigkeitsbeschränkung für ihre Ortsdurchfahrten entlang der Landesstraßen L 370 und L 371 zwischen den Orten Tübingen und Rottenburg am Neckar positiv zu bescheiden?
- b) Was gedenkt die Landesregierung für den Fall zu tun, dass die genannten Anträge nicht oder nur zum Teil genehmigungsfähig sind, um für die Bevölkerung in den genannten Orten eine Verbesserung der Lärmschutzsituation in der Zeit bis zur Fertigstellung der B 28 a neu zwischen Tübingen und Rottenburg zu erreichen?